



Intelligence and Terrorism
Information Center

21. Mai 2009

Neue PA-Regierung unter Salam Fayyad (erste Zusammenfassung)



**Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde PA Mahmud Abbas
reicht Ministerpräsident Salam Fayyad während der Vereidigung der neuen
Regierung in Ramallah die Hand.
(Reuters, 19. Mai 2009, Foto: Fauwzi Aruri)**

Die neue Regierung und ihre Politik

1. Am 19. Mai 2009 wurde die Regierung unter Ministerpräsident Salam Fayyad vereidigt. Dieser wird auch das Amt des Finanzministers innehaben. Die Regierung setzt sich aus 20 Ministern zusammen, von denen acht der Fatah angehören, vier sind Vertreter säkularer Fraktionen und acht unabhängige Vertreter. Einige Minister sind gänzlich neu in der Regierung. Es könnten mehr Minister vereidigt werden, doch **große Differenzen innerhalb** Fatah halten sie vom Eintritt in die Regierung ab. Die palästinensische Öffentlichkeit betrachtet die neue Regierung als schwach und nicht stark genug, wirkliche Veränderungen in der palästinensischen Arena herbeizuführen, obwohl Salam Fayyads persönlicher Status, sowohl innerhalb der PA und im Ausland, stabil bleibt.

2. Salam Fayyad eröffnete die erste Regierungssitzung mit einer Rede, in der er die Ziele und Prioritäten der Regierung aufführt (Wafa Nachrichtenagentur, 20. Mai 2009).

- a. Die neue Regierung ist eine **Übergangsregierung** von PLO Fraktionen, die von der Fatah angeführt wird. Sie basiert auf Grundlagen, die von Mahmud Abbas und der PLO formuliert worden sind. Die Regierung wird sich auflösen, sobald der inner-palästinensische Dialog in Kairo einen nationalen Konsens erreicht hat und somit die Wahl einer gewählten Regierung ermöglicht, wodurch die Spaltung des palästinensischen Volkes beendet wird.
- b. Die neue Regierung setzt zwei **Prioritäten: Wiederaufbau des Gazastreifens und Schaffung notwendiger Bedingungen, um den Erfolg eines nationalen Dialoges** zwischen Fatah und der Hamas sicherzustellen. Die Regierung wird Druck auf all die Staaten ausüben, die sich in Sharm-el-Sheikh Konferenz verpflichtet haben, Gelder für den Wiederaufbau des Gazastreifens bereitzustellen, damit diese ihre Verpflichtung einhalten. Die Regierung wird ebenfalls dahingehend agieren, internationale Unterstützung zur Aufhebung der „Blockade“ über den Gazastreifen zu erhalten und die Grenzübergänge zum Gazastreifen zu öffnen. Beides sind integrale Bestandteile des Prozesses für den Wiederaufbau des Gazastreifens.
- c. Auf internationaler Ebene wollen die Palästinenser versuchen, Unterstützung für ihre Bemühungen zu erhalten, Israel dazu zur Akzeptanz „einer Zwei-Staaten-Lösung innerhalb der Grenzen von 1967“ und der palästinensischen Forderungen zu zwingen: ein Ende der Besiedlung, Ende, Jerusalem zu einer jüdischen Stadt zu machen, ein Ende der IDF-Invasionen in Gebiete unter PA-Verwaltung, Aufhebung der Blockade über den Gazastreifen und Umsetzung des Grenz-Abkommens

von 2005 (dieses regelt den Grenzverkehr zwischen Ägypten und dem Gazastreifen).



**Die Übergangsregierung an ihrer ersten Sitzung
(Wafa Nachrichtenagentur, 20. Mai 2009)**

Die Bedeutung der neuen Regierung

3. Nach Einschätzung des ITIC sind die Auswirkungen der Übergangsregierung zum derzeitigen Zeitpunkt folgende:
 - a. **Es verleiht ein Bild der Stabilität:** die Bildung einer neuen Regierung zu diesem Zeitpunkt widerspiegelt Mahmud Abbas Wunsch, der internationalen Gemeinschaft zu zeigen, dass die PA über stabile und funktionierende Regierungseinrichtungen verfügt. Es stärkt seine Position in Hinblick auf seinen bevorstehenden Besuch in den USA und den Gesprächen mit Präsident Barak Obama (28. Mai 2009).
 - b. **Es reflektiert die inneren Spannungen innerhalb der Fatah:** die neue Regierung wurde zu einer Zeit andauernder Spannungen und Machtkämpfe mit Fatah gebildet. Dieses ist ersichtlich durch die Meinungsverschiedenheiten in der Regierungszusammensetzung und bei der Wahl der Minister. Führende Fatah-Mitglieder unter Vorsitz von Azzan al-Ahmad, Fraktionsvorsitzender der Fatah im palästinensischen Legislativrat, betrachteten den Prozess sehr kritisch und sagten, sie würden die neue Regierung boykottieren (Al-Arabia TV, 19. Mai 2009). Die Machtkämpfe wurden bei den Unstimmigkeiten offensichtlich, als die um die Vorbereitungen der Sechsten Generalkonferenz ging, das weitreichendste Entscheidungsforum der Fatah machte die Machtkämpfe offensichtlich (Mahmud Abbas hat sich viele Widersacher geschaffen, als er den Austragungsort der Konferenz für den 1. Juli in Judäa und Samaria ankündigte).
 - c. **Es reflektiert die Spannungen zwischen Fatah und der Hamas:** die Bildung der neuen Regierung hat zu einer vermehrten Spannung und zu mehr Argwohn zwischen der Fatah und der Hamas beigetragen,

offenkundig in der letzten Runde der Ausgleichsgespräche in Kairo. Die Regierung repräsentiert Mahmud Abbas fehlenden Glauben an die Erfolgchancen des Dialoges und immer stärker zu Tage tretende Abtrennung des Gazastreifens von Judäa und Samaria; beide bilden je eine eigene politische Einheit mit einem parallelen Regierungsapparat mit unterschiedlichem Charakter. Dennoch sind beide Seiten darauf bedacht, Gespräche nicht abubrechen; beide Seiten geben ein Lippenbekenntnis zur nationalen palästinensischen Einheit ab, sie sind bestrebt, die Teilnahme an den nächsten Gesprächen, die Anfang Juni in Kairo beginnen werden, nicht abzulehnen.

4. Neue Regierungsmitglieder siehe Anhang

Reaktion der Hamas

5. Die Hamas hat die neue Regierung **heftig kritisiert** und erklärt, dass Mahmud Abbas **illegal** gehandelt und vor dem Druck der Amerikaner und der Israelis kapituliert habe. Ferner sagte die Hamas, dass die einzige legale Regierung die unter der Führung von Ismail Haniya sei. Solche Äußerungen sind verantwortlich für ein Ankurbeln des **Konflikts** zwischen der de facto Regierung der Hamas im Gazastreifen und Salam Fayyads Regierung. So wird auch die **Entfremdung und Trennung** zwischen dem Gazastreifen und Judäa und Samaria immer tiefer.
6. Die Regierung unter Ismail Haniya gab am 19. Mai 2009 eine Mitteilung heraus, in der sie die neue Regierung als „einen illegitimen Körper“ bezeichnet, der gegen palästinensische Recht verstößt und das „Haupthindernis“ für den nationalen palästinensischen Dialog sei. Ferner heißt es, dass die neue Regierung nicht die Befugnis habe, einem „Präsidenten, dessen Legitimität geendet habe“, die Treue zu schwören, und dass die PA aufhören solle, dem Diktat der USA und Israel zu folgen (website der Hamas de facto Regierung Innenministerium, 20. Mai 2009).
7. Verschiedenen Hamas-Sprecher äußerten sich wie folgt:
 - a. **Yahia Mousa**, Stellvertretender Hamas-Fraktionsvorsitzender im palästinensischen Legislativrat, beschuldigte Mahmud Abbas, er würde den Interessen der US-Regierung und „ausländischer Elemente, welche die PA kontrollieren“ nachgeben. Rechtlich gesehen sei die neue Regierung nutzlos und alle Staaten und Parlamente seien aufgefordert, nicht mit ihr zu kooperieren (Al-Quds TV, 19. Mai 2009).
 - b. **Taher al-Nunu**, Sprecher der Hamas-Regierung, sagte, dass die neue Regierung illegal sei und sie den Erfolg eines inner-palästinensischen Dialogs behindere. Die Bildung dieser Regierung sei eine „Erklärung, dass der Dialog tot ist“. Auf Nachfrage, ob das eine Nicht-Teilnahme der Hamas an der nächsten Gesprächsrunde in Kairo bedeute, sagte er, dass

die Hamas ihre Bemühungen fortsetze, die palästinensische Spaltung zu beenden (BBC auf Arabisch, 19. Mai 2009).

- c. **Mushir al-Mazri**, Mitglied des palästinensischen Legislativrates, sagte, dass die neue Regierung ein „Niederlage“ und illegal sei, weil sie vom palästinensischen Legislativrat kein Mandat erhalten habe. Die Regierung „repräsentiert eine Minderheit, ist dem Willen der USA und Israel untergeordnet und [war] ein Messer im Rücken der ägyptischen Bemühungen, den Dialog [zu fördern]“. Er sagte, dass die rechtmässige Regierung die unter Ismail Haniya sei (Palestinian-Info website, 19. Mai 2009).
 - d. **Fawzi Barhoum**, Hamas-Sprecher im Gazastreifen, beschuldigt Salam Fayyads frühere Regierung, die Fatah und das Westjordanland zerstört zu haben und mit dem „zionistischen Feind“ kollaboriert zu haben, um die Hamas und den „Widerstand“ [d.h. die Terrororganisationen] zu entwurzeln. Die neue Regierung sei eine Fortsetzung der Politik von Mahmud Abbas, „nach dem Willen der Amerikaner und Israelis zu handeln“ (Al-Aqsa TV, 19. Mai 2009).
8. Vor dem Hintergrund des oben genannten, hat die Hamas zwei Fatah-Mitglieder und designierte Minister in der neuen Regierung, Yusuf Abu Safia und Jaber al-Daaour, am Verlassen des Gazastreifens gehindert. Am Grenzübergang Erez wurden sie angehalten, ihre Pässe einbehalten und sie wurden zur Umkehr gezwungen (Al-Yawm Al- Sabaa, Wafa Nachrichtenagentur, 20. Mai 2009). Als Reaktion auf die Fatah-Anschuldigungen sagte Taher al-Nunu, dass die beiden „Gesetzesbrecher“ seien, weil sie sich „einverstanden erklärten, einer rechtswidrigen Körperschaft anzugehören“ und „die Macht der rechtmässigen gegenwärtigen Regierung zu untergraben“ (Al-Quds TV, 20. Mai 2009).

Anhang

Salam Fayyads neue Regierung

Name	Position	Politische Zugehörigkeit	Neu / fortsetzend	Wohnort
Dr. Salam Fayyad	Ministerpräsident und Finanzminister	Unabhängig	Fortsetzend	Judäa und Samaria
Dr. Riyadh al-Maliki	Außenminister	Unabhängig	Fortsetzend	Judäa und Samaria
Dr. Sayid Abu Ali	Innenminister	Fatah	Neu	Judäa und Samaria
Dr. Ahmed Majdalani	Arbeitsminister	PPSF	Neu	Judäa und Samaria
Dr. Saadi al-Qarmuz	Verkehrsminister	Fatah	Fortsetzend (ehemaliger Generalsekretär der Regierung)	Judäa und Samaria (ursprünglich aus dem Gazastreifen)
Dr. Khaled al-Qawasmi	Minister für Regionalverwaltung	Fatah	Neu	Judäa und Samaria
Dr. Muhammad Ashtayya	Minister für Wohnbau und öffentliche Arbeiten	Fatah	Neu	Judäa und Samaria
Dr. Khuloud Daybas	Ministerin für Tourismus und Antiquitäten	Unabhängig	Fortsetzend (ehemalige Ministerin für Tourismus und Frauen)	Judäa und Samaria
Lamis al-Alami	Erziehungsministerin	Unabhängig	Fortsetzend (ehemalige Ministerin für Erziehung und Kultur)	
Dr. Fathi Abu Maghali	Gesundheitsminister	Fatah	Fortsetzend	Judäa und Samaria
Dr. Mahmoud al-Habash	Minister für religiöse Angelegenheiten	Unabhängig	Fortsetzend (ehemaliger Minister für Landwirtschaft und Wohlfahrt)	Judäa und Samaria (ursprünglich aus dem Gazastreifen)

Dr. Mashhour Abu Daqa	Minister für Kommunikation und IT	Unabhängig	Fortsetzend (ehemaliger Minister für Transport)	Judäa und Samaria (ursprünglich aus dem Gazastreifen)
Dr. Ali Khashan	Justizminister	Unabhängig	Fortsetzend	Judäa und Samaria
Dr. Ismail Edeq	Landwirtschaftsminister	Volkspartei	Neu	Judäa und Samaria
Bassam Khouri	Minister für Nationalwirtschaft	Unabhängig	Neu	Judäa und Samaria
Hatem Abd al-Qader	Minister für Jerusalem Angelegenheiten	Fatah	Neu	Judäa und Samaria
Dr. Alo Jabrawi	Minister für Infrastruktur und administrative Entwicklung	Unabhängig	Neu	Judäa und Samaria
Siham Barghouti	Kulturministerin	Fida	Neu	Judäa und Samaria
Majida al-Masri	Wohlfahrtministerin	DFLP	Neu	Judäa und Samaria
Maher Ghneim	Staatsminister	Fatah	Neu	Judäa und Samaria
Dr. Hassan Abu Libda	Staatsminister mit Ministerialstatus	Fatah	Neu	Judäa und Samaria